

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 30 (1989)  
**Heft:** 13

**Artikel:** Die manierlichen Sezessionisten  
**Autor:** Brügger, Christian  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093675>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Die manierlichen Sezessionisten

In den Nummern 9 und 10 dieses Jahres hatten wir eine Untersuchung über das Baltikum gebracht, wo ein Prozess der Entsowjetisierung stattfindet. Wenn man dort herumhört, erhält man diesen Eindruck noch verstärkt.

«Wir legen durchaus Wert auf ein gutes Verhältnis mit der Sowjetunion.» Das war in Tallinn zu hören, ganz so, als gehöre Estland nicht zur Sowjetunion. Natürlich war, harmlos genug soweit, das Verhältnis zu den Moskauer Zentralbehörden gemeint, aber die Verkürzung ist eigentlich symptomatisch. Immer wieder wird man gewahr, wie die Esten das übrige Unionsgebiet als tatsächliches Ausland betrachten, und das kommt so selbstverständlich zum Ausdruck, dass man sich rasch daran gewöhnt und die friedfertig vorgetragenen Ungeheuerlichkeiten gar nicht mehr realisiert.

### Vereinigte Volksfronten

Die militante Variante der Provokation mit Vorbedacht gibt es bei besonderen Gelegenheiten auch. Das erste Mal wollte ich meinen Ohren nicht trauen. In Tallinn tagte Mitte Mai die «baltische Versammlung» der drei Volksfrontbewegungen Estlands, Lettlands und Litauens, und am Pfingstsonntag fand eine Pressekonferenz statt, zur Übertragung auch für die lokalen elektronischen Medien vorgesehen. Da sprach unter anderem ein Gastreferent aus Georgien und definierte seine Heimat schlicht als «sowjetisch okkupiert».

Keinerlei Raunen ging durch die Reihen der baltischen Öffentlichkeitsvertreter. Schließen die Leute? Nein, sie waren den Ausdruck bloss gewohnt. Denn hie und da bezeichnen die Balten ihre Länder selber als «besetzt» und wundern sich, wenn Westler sich darüber wundern.

Für jene «Balti Assemblée» hatte übrigens die KP Estlands ihr Parteihaus zur Verfü-

---

Im Beitrag «Das Geheimprotokoll von 1939» in der letzten Nummer ist mir ein Irrtum unterlaufen. Der Unabhängigkeitstag der Esten ist nicht der 18., sondern der 24. Februar 1918. Es war Litauen, das am 18. Februar als erster baltischer Staat seine Unabhängigkeit erklärte. rh

gung gestellt, ein modernes Kongressgebäude, und die estnische Regierung hatte ein Begrüssungstelegramm geschickt. Staat und Partei stehen in Estland hinter der Volksfront, personell mit ihr verflochten und offiziell auf jener Minimaldistanz, welche die taktische Klugheit gebietet.

In ihrer Erklärung postulierte die baltische Versammlung unter anderem das Recht der drei Nationen auf Selbstbestimmung und auf eigene Wahl ihres politischen Status. Ferner sprach sie die Erwartung aus, dass die drei Nationen ihre Souveränität innerhalb einer neutralen und entmilitarisierten Region erlangen würden.

### Austrittsbegehren direkt oder indirekt

In Moskau nannte die «Prawda» (22. 5. 1989) diese Begehren «nationalistisch und extremistisch». Das ist indessen nur die Benotung für einen Sachverhalt, den die «Prawda» zweifellos richtig diagnostiziert. «Auch wenn das nicht ausdrücklich so gesagt wird: Insgesamt machen die Resolutionen (der baltischen Versammlung) nur dann einen Sinn, wenn man an die völlige Sezession der drei Republiken von der UdSSR denkt.»

Tatsächlich ist im ganzen Baltikum die Frage nach dem Verhältnis zur UdSSR gestellt, und es hiesse den Kopf in den Sand stecken, das aus Gründen politischer Vernunft nicht sehen zu wollen.

Estland ist trotz abschlägigem Bescheid aus Moskau bis heute bei seiner einseitigen Souveränitätserklärung geblieben (siehe Nr. 9/1989), und inzwischen hat auch Litauen nachgezogen (siehe die diesbezügliche Deklaration aus Vilnius in der heutigen Nummer). An sich definiert die geltende Verfassung der UdSSR die einzelnen Sowjetrepubliken selber als souverän, aber dieser Alibiwitz von damals ist natürlich unendlich weit von dem entfernt, was man im Baltikum heute als Souveränität in Anspruch nimmt.

Der Sezessionswunsch kommt dabei nur oder mindestens als Vorbehalt zum Ausdruck. Da gibt es Varianten, aber zur Hauptsache wird die Alternative so gestellt: Entweder kriegen wir die volle Souveränität im Rahmen einer diesbezüglich grundlegend

neu konzipierten UdSSR, oder wir treten aus. Der Ball würde nach dieser Auffassung somit bei den Zentralbehörden in Moskau liegen, aber dort zeigt man nicht die geringste Neigung, die Regeln dieses Spieles anzuerkennen. Die Standpunkte sind unvereinbar. Gelegentlich wird man den Konflikt austragen müssen, in welcher Form auch immer. Einstweilen hat man es weder in Estland noch in Litauen darauf ankommen lassen, ein gesamtsovetisches Gesetz ausser Kraft zu setzen, wie das laut der jeweils neu formulierten Republikverfassung zulässig ist, und so steht der Testfall noch aus.

Und inzwischen driftet die politische, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklung im Baltikum von der gesamtsovetischen Entwicklung (falls es so etwas noch gibt) ohne grosse Stürme ab, in aller Ruhe. Und weil die Atmosphäre nicht so drückend scheint, empfindet das dort anscheinend niemand als Ruhe vor dem Sturm.

In Moskau ist die Perestrojka das grosse Thema. Es steht so oder anders zur Debatte,

Der «Lange Hermann» mit der Fahne der unabhängigen estnischen Republik vor 1939



aber immer mit Blick auf die Gesamtheit der Sowjetbürger.

Unter Balten scheint die Perestrojka weniger umstritten, aber auch weniger wichtig, zum mindesten als Selbstzweck. Man begrüsst sie allgemein, und allgemein als Vehikel. Demokratisierung? Aber natürlich. Denn die Demokratisierung ermöglicht Selbstbestimmung, und die Selbstbestimmung führt zur Unabhängigkeit unserer Völker und Länder. Freiheit für die Bürger und Freiheit für die Völker ist den Balten eines und dasselbe, jedenfalls in der Zielsetzung. In der Souveränität sehen sie beides vereint. Und so ist *das* ihr Schlüsselwort und nicht die Perestrojka, obwohl sie auch an deren gesellschaftliche Veränderungskraft eher noch grössere Ansprüche stellen, als es liberale Moskauer tun.

## Eine Umfrage

Baltische Zukunft mit oder ohne UdSSR? Im April führte das Institut für Sozialwissenschaften in Tallinn eine repräsentative Umfrage unter 930 Esten durch, das heisst in diesem Fall unter 930 Bürgern oder Einwohnern Estlands. Das Ergebnis wurde am 3. Mai von der finnischen Zeitung «Ilta Sanomat» veröffentlicht, welche die Erhebung in Auftrag gegeben hatte.

Demnach sehen 21,3 Prozent der Befragten für die Zukunft ihr Land als Sowjetrepublik im bisherigen Rahmen. Aber nun kommt die Unterscheidung. Diese Antwort gaben nur gerade 2,4 Prozent der Esten, hier als Angehörige des estnischen Volkes verstanden, und 51,1 Prozent der Nicht-Esten (praktisch vornehmlich Russen). Die Umfrage hatte das bestehende Verhältnis von 3:2 zugunsten der Esten berücksichtigt; deshalb der Durchschnitt zwischen den krass auseinanderliegenden Resultaten. 33,8 Prozent (38,7 % plus 25,1 %; hier ergibt sich die grösste Annäherung) sahen ein souveränes Estland im Rahmen einer neu definierten sowjetischen Konföderation voraus und 37,5 Prozent (55,5 % plus 5,3 %; da öffnet sich die Schere gewaltig) ein von der Sowjetunion unabhängiges Estland. Bei den knapp 8 Prozent, welche die Antwort entweder verweigerten oder nicht wussten, handelte es sich grossmehrheitlich um Nicht-Esten.

Bei einem Gespräch mit Medienvertretern erläuterten uns (einem Dutzend Westlern auf einer Informationsreise, die ein politischer Klub organisiert hatte) die Esten, das Ergebnis würde noch deutlicher ausgefallen sein, wenn man nicht nach der Prognose für eine Unabhängigkeit gefragt hätte, sondern nach deren Wünschbarkeit. Wahrscheinlich haben allerdings nicht alle Befragten diese Dinge auseinandergelassen, aber so oder anders ist es ohnehin klar, dass die Esten in ihrer erdrückenden Mehrheit den gegenwärtigen Status der Unionsrepubliken für inakzeptabel halten.

Jene Erhebung brachte noch manches ans Licht, was hochgradig «gesellschaftsrelevant» ist. Was zum Beispiel die Einwohner Estlands vom Einparteiensystem halten (wenig), oder welcher politischen Gruppierung sie den Vorzug geben. Hier nennen 16,3 Prozent (7,2 % der Esten) die KP und 35,5 Prozent (50,3 Prozent der Esten) die Volksfront, und die übrigen Vereinigungen wie zum Beispiel die Grünen sind noch «nationalesstnischer» und antikommunistischer als die Volksfront. In diesem Fall stehen sie übrigens für die Esten «links», im Gegensatz zu den Kommunisten marxistisch-leninistischer Prägung, die man als «rechts» bis «rechtsausen» einstuft.

Das ist eine Seitenbetrachtung, die der westlichen Betrachtungsweise in die Quere kommt und etwa westdeutschen Grünen direkt anstössig scheint (wie sich vernünftig feststellen liess), aber dort ist das eben unzweifelhaft so: von links kommt die revolutionäre Bewegung, und diese führt halt vom Sozialismus weg; möge sich kratzen, wen es juckt.

## Russen und Interfront

Auch abgesehen vom betreffenden Fragebogen wird es klar, wo bei allen Fragen grosso modo die Trennungslinie verläuft: zwischen den Esten und den Nicht-Esten (lies: den Russen). Demgegenüber sind die weltanschaulichen Unterschiede zwischen estnischen KP-Mitgliedern und estnischen Antikommunisten fallweise schon schwerer zu eruieren; einig ist man sich in der Ableh-

nung dessen, was man bisher unter dem Namen «Sozialismus» kennengelernt hat . . .

Was aber die Trennungslinie zwischen Esten und Nicht-Esten angeht: Sie ist real genug, dass es einem Besucher schwerfällt, ohne Zwängerei von einem Lager ins andere Lager zu gelangen. Wer bei wie immer organisierten Esten angemeldet ist, wird ausschliesslich an Esten weitergereicht, und in unserm Fall führte nicht einmal die Intourist-Vermittlung zum gewünschten Kontrastgespräch mit der russisch dominierten Interfront, denn nunmehr waren sich auch die organisierten Russen zu gut, um als improvisiertes Kuriosum in das estnische Programm aufgenommen zu werden.

Umgekehrt ist freilich auch gefahren. Russischsprachige Korrespondenten der zentralen Moskauer Parteizeitungen würden, so erzählte man uns, ausschliesslich unter Russen herumgereicht, und mehr sei es nicht, was sie begehrten, um ihre Berichte in der gewünschten Färbung durchzugeben.

Wir hatten ein halbes Dutzend vereinbarte Gespräche, und in genau einem Fall kam erkennbar ein Russe zu Wort.

Das war in Tallinn bei einem gewollt pluralistischen Anlass. Vertreter lokaler Instanzen und wissenschaftlicher Institutionen, der Presse, der KP, der Volksfront und der Grünen gaben da fachlich gefächerte Auskünfte, die politisch übrigens alle ungefähr auf der Volksfrontlinie lagen, bloss mehr oder weniger prononciert. Und zu dieser Runde gehörte auch ein Redaktor der russischspra-

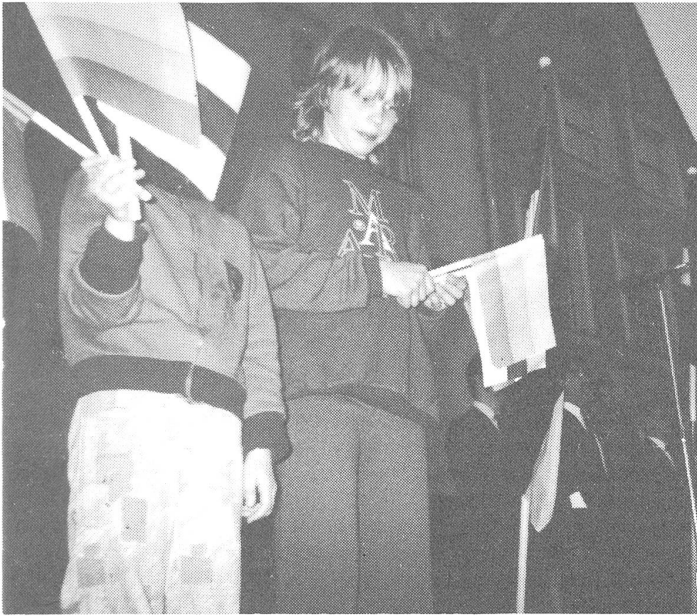
«Sowjetskaja Litwa», 19. 5. 1989

## Deklaration

### des Obersten Sowjets der Litauischen SSR über die Staatssouveränität Litauens

Seit Jahrhunderten lebte das litauische Volk hier an den Küsten des Baltischen Meeres. Im 13. Jahrhundert gründete es seinen Staat, verteidigte während Jahrhunderten seine Freiheit und Unabhängigkeit. 1918 wurde seine Staatsform wieder eingeführt, von vielen Staaten anerkannt und 1920 durch einen Vertrag mit Sowjetrußland bestätigt, das in diesem Vertrag für alle Zeiten auf Ansprüche auf Litauen und dessen Territorium verzichtete. Dieser Vertrag ist bis heute nicht gekündigt worden. Aber 1940 wurde der souveräne litauische Staat aufgrund des Paktes und der zusätzlichen Geheimprotokolle zwischen Deutschland und der UdSSR von 1939 gewaltsam und gesetzwidrig der Sowjetunion angeschlossen und verlor damit seine politische, wirtschaftliche und kulturelle Selbständigkeit. Die Regierung der UdSSR ignoriert noch heute die Bestrebungen sogar zur wirtschaftlichen Selbständigkeit der Republik.

Der Oberste Sowjet der Litauischen SSR sieht den Ausweg aus der entstandenen Situation nur in der Wiederherstellung der staatlichen Souveränität, die schon heute ihren Ausdruck in den Bestrebungen des litauischen Volkes sowie im unabdingbaren Recht der Völker findet und nur unter den Bedingungen der freien Selbstbestimmung der Nationen verwirklicht werden kann. Der Oberste Sowjet der Litauischen SSR erklärt, dass von jetzt an, vom Zeitpunkt der Annahme der Korrektur von Artikel 70 der Verfassung der Litauischen SSR, in der Litauischen SSR nur die von ihrem eigenen Obersten Sowjet angenommenen oder ratifizierten Gesetze gültig sind. In Zukunft müssen die Beziehungen der UdSSR mit anderen Staaten nur auf der Grundlage der zwischenstaatlichen Verträge beruhen. Diese Sehnsucht der Menschen Litauens verletzt die Rechte und die legitimen Interessen der Völker nicht. ■



*Am Rande einer Volksfrontkundgebung auf dem Rathausplatz von Tallinn*

chigen «Sowjetskaja Estonija», der sozusagen die andere Seite repräsentieren sollte.

Aber tat er das? Er definierte es als seine Hauptaufgabe, den Russen die Politik des neuen Estlands zu erklären und ihnen begreiflich zu machen, dass sie ihre Ansprüche als Herren im Lande verloren hätten. Die Interfront nahm er in Schutz, aber so: Bei vielen Angehörigen dieser Organisation handle es sich einfach um zurückgebliebene Leute, die mangels sprachlicher Kenntnisse und geistiger Beweglichkeit begreifliche Mühe mit der Anpassung an die Zeit hätten; man müsse Geduld haben mit ihnen und dürfe sie mit den reaktionären und untereinander übrigens zerstrittenen Wortführern der Interfront nicht in einen Topf werfen.

Das war natürlich alles andere als eine Selbstdarstellung der Interfront. Warum hier kein Interfront-Angehöriger zugegen sei? Nachsichtiges Lächeln: Mit denen könne man natürlich nicht an einem Tisch sitzen. Nur der russische Vertreter beschwichtigt ein bisschen: Man dürfe die Repräsentativität der Interfront schliesslich nicht überbewerten. Bloss ein Drittel der Nicht-Esten stehe hinter ihr. Und es gebe dort ganz gegensätzliche Fraktionen: Russischnationale Elemente à la Pamjat, dann Anhänger der früheren Parteilinie, Neostalinisten und schliesslich die Gemässigten, die an sich dialogwillig seien, bloss momentan ausmanövriert, weil nach einem Hauskrach pensionierte Militärs und Polizeileute die Führung an sich gerissen hätten.

Diese Zustandschilderung lässt sich durch anderweitige Quellen bestätigen, aber es bleibt eine Fremddarstellung. Die estnischsprachige Presse ist mehr oder weniger ein Sprachrohr der Volksfront (die zudem noch

eigene Veröffentlichungen hat), und die russischsprachige Landespresse bleibt sowohl mit Information als auch mit Meinungsäusserung zurückhaltender, aber mit Sicherheit ist sie kein Sprachrohr der Interfront. Diese habe dafür die «Iswestija», sagen die estnischen Journalisten und grinsen vergnügt. Aber wie komisch ist das? Die «Iswestija» ist schliesslich das Organ der Allunionsregierung, und dass man mit Auslachen die Gegensätze überbrückt, stimmt in der Sowjetunion sowenig wie anderswo, und die Proportionsfrage kommt hinzu. In dieser Beziehung ist das Baltikum ein Schwanz, der mit dem Hund wackelt.

In ihrer Heimat freilich können es sich die Esten leisten, ihre Herausforderung an die UdSSR ohne Ingrimms zu betreiben, mit revolutionären Kundgebungen, die im Stil an Volks- bis Trachtenfeste erinnern. Sie sind sich weit einiger, als man angesichts der bestehenden ideologischen und gesellschaftlichen Gegensätze für möglich halten sollte; zumindest erwecken sie diesen Anschein. Das Estland, das sie haben wollen, besteht noch nicht, und ein gemeinsames Ziel vereinigt.

Was vereinigt die Russen? Aus eigener Kraft kann ich nur ein Fait divers bezeugen: Am Pfingstsonntag war in Tallinn die grosse russische Kirche – sehr im Unterschied zur kleineren lutherischen Kirche der Esten – randvoll gefüllt. Zweifellos haben die Gläubigen dort Kraft geschöpft. Zur Versöhnung?

### Die «falsch» Eingeteilten

Die Volksfront verwahrt sich gegen die – von ihr vorsorglich gemutmasste – Unterstellung, ihre Mitglieder seien ausschliesslich

Esten. O nein, sie zähle vielmehr auch Russen in ihren Reihen, ein gutes Omen für die gemeinsame Zukunft aller Staatsbürger Estlands. Diese Aussage muss qualitativ genommen werden, denn quantitativ . . . Also, die genauen Prozente könne er mir im Moment nicht sagen, erklärte mir einer; vielleicht hätte ich besser nach dem Promillesatz gefragt.

Umgekehrt hat auch die Interfront ihre estnischen Mitglieder oder Sympathisanten. Die Interfront wirft der neuen estnischen KP-Führung vielerlei Dinge vor, wie etwa Separatismus und «schleichende Konterrevolution», und mit der Sicht der Interfront solidarisch erklärt hat sich in der letzten Wahlkampagne ein Este namens Karl Kortelainen. Auch er muss qualitativ verstanden werden, denn er ist der Chef des estnischen KGB.

Womit wir bei einer Frage angelangt sind: Was tut das KGB? Ein westdeutscher Teilnehmer stellte sie beim Journalistenverband einem Abteilungsleiter der Zeitschrift «Aja Pulss». Er antwortete: «Das fragt mich meine Frau auch jeden Morgen.» Hübsch, und hübsch offengelassen.

Zur «baltischen Versammlung» erschien ein KGB-Vertreter ganz manierlich mit einem Gästerausweis, den die Veranstalter ihm nicht anders ausgestellt hatten als zum Beispiel dem Vertreter von «Radio Liberty» aus München.

*Der Publizist Juri Arusoo: Was das KGB tut?*



## Die Partei und die Nichtparteien

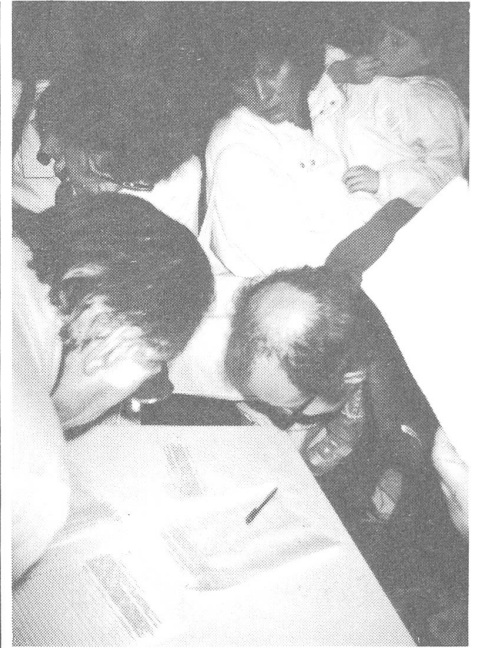
Was die Russen – ob Interfront-Anhänger oder die Zweidrittelsmehrheit der andern – insgesamt verloren haben, das ist ihr Griff auf die Partei. Diese hat nicht nur ihre Führung ausgewechselt (siehe Nr. 9 und 10), sondern auch ihre Kader auf den mittleren und unteren Stufen. Im Rathaus von Pärnu (57 000 Einwohner) sitzt uns unter anderem der stellvertretende Vorsitzende des Stadtpartei-Komitees gegenüber, ein jüngerer Mann, und schildert in sachlichen Worten die gute Zusammenarbeit mit der Volksfront und mit den Grünen; von kommunistischer Ideologie ist nichts zu bemerken. Wie lange er im Amt sei? Nun, seit ein paar Monaten, aber er habe im Vorstand erfahrene Kollegen, zum Teil sogar seit über zwei Jahren auf ihren Posten. Im übrigen hält er die Partei für ein wichtiges Instrument zur Förderung der estnischen Anliegen innerhalb der KPdSU; falls man da nicht vorankommen sollte, könne man ja immer noch zur Volksfront wechseln.

Die Volksfront, so überparteilich wie in Polen die Solidarnosc (aber selektiver als diese), zählt tatsächlich etliche KP-Mitglieder in ihren Reihen, aber vor allem sitzen in ihrem Vorstand die Vertreter der Grünen, wie die ökologische Ausrichtung der Organisation denn auch sehr ausgeprägt ist, angesichts der katastrophalen Umweltsituation eine vorrangige Dringlichkeit. Die Grünen wiederum sind häufig gleichzeitig Mitglieder der Gesellschaft für Denkmalpflege, die ihrerseits unter personeller Verflechtung auf

der politischen Linie der Nationalen Unabhängigkeitspartei (sie wird trotz ihres Namens nur als Gruppierung anerkannt) liegt, welche zur Sanierung des Landes sowohl dessen Austritt aus der Sowjetunion als auch die Abschaffung des gegenwärtigen Systems für erforderlich hält.

Bei einem Besuch des Heimatmuseums in der Universitätsstadt Tartu (Dorpat) stellt uns einer der Leiter die Gesellschaft für Denkmalpflege vor. Sie sei unpolitisch. Aber weil sich in einer inhumanen Gesellschaft auch der Denkmalschutz als unmöglich erweise, ergebe sich trotzdem die Verpflichtung zur Veränderung der bestehenden Gesellschaftsordnung. In diese Richtung ging der «unpolitische» Vortrag weiter, lieb und ruhig vorgetragen, und bloss inhaltlich eine agitatorische Brandrede. Jener Besuch gehörte übrigens zum touristischen Besichtigungsprogramm ausserhalb der vereinbarten politischen Gesprächsrunden.

Eine solche fand dafür in Tartu auf der Redaktion der Parteizeitung «Edasi» statt, dem offiziellen Organ des KP-Bezirkskomitees. Ihre politische Linie definiert sie indessen als «volksfrontnah», und ihre wiederaufgenommene Kontinuität sieht sie in der estnischen Presse vor 1939, also zur Zeit der bürgerlichen Republik. So macht sich eine kommunistische Zeitung in Estland heute. Wie es mit der Zensur stehe? «1988 verliess uns unser Zensor, und seither haben wir keinen Ersatz aufreiben können.» Leserreaktionen? «Wir erhalten etwa 10 000 Briefe von Lesern im Tag. 90 Prozent wünschen einen



Unterschriftensammlung

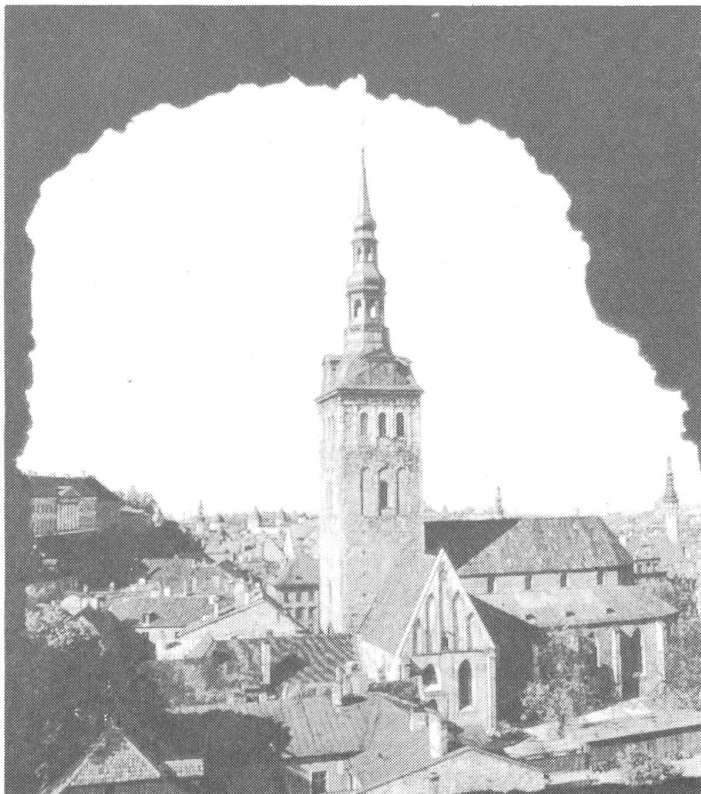
unabhängigen Staat Estland, und 60 Prozent erwarten ihn auch.»

## Wer befiehlt wem?

In Pärnu ist auch die praktische Arbeit der Stadtbehörden volksfrontnah und grün. Der stellvertretende Bürgermeister erläutert ein Beispiel. In Estland sind 90 Prozent der Industriewerke mit ihren meist ungefilterten Abgasen direkt den Moskauer Zentralministerien unterstellt. Diese ordnen selbstverständlich auch die Bauten an. So wurden kürzlich die Stadtbehörden von Pärnu davon in Kenntnis gesetzt, dass man zu einem bestimmten Betrieb neue Anbauten beschlossen habe. Und die Stadtbehörde setzte ihrerseits die Moskauer Zentrale davon in Kenntnis, dass sie den geplanten Anbau verbiete. Er tangiere das Gemeindegebiet, und über dieses hätten die sowjetischen Zentralbehörden nicht zu verfügen. Es wird nicht gebaut.

Die Grünen haben ihrerseits mit Gemeindeunterstützung die Stilllegung eines sowjetischen Armeesenders erwirkt. Sie attestierten ihm eine gefährliche Strahlung über das Militärareal hinaus, für welches das Moskauer Verteidigungsministerium zuständig sei, und sprachen mit einer Unterschriftenliste in Moskau vor. Der Sender wurde eingestellt.

Man kommt nicht um die Feststellung herum, dass sich Moskau gegenwärtig viel bieten lässt. Und man kommt nicht um die Frage herum, wie lange das so weitergehen kann. ■



Die Unterstadt von Tallinn